

Woher nehmen ohne zu stehlen? Nicht alle leiden unter der Agenda 2010!

Noch nie sind die Rentner so zur Kasse gebeten worden wie durch diese Bundesregierung. Die Renten wurden gekürzt. Dann kam die Gesundheitsreform, die vor allem die Rentner schwer getroffen hat. Im Quartal müssen sie 10 € berappen. Hinzu kommt, daß die Krankenkassen nicht mehr alle ärztlichen Leistungen finanzieren, so daß der Patient beim Arzt extra bezahlen muß. Wer Pech hat und

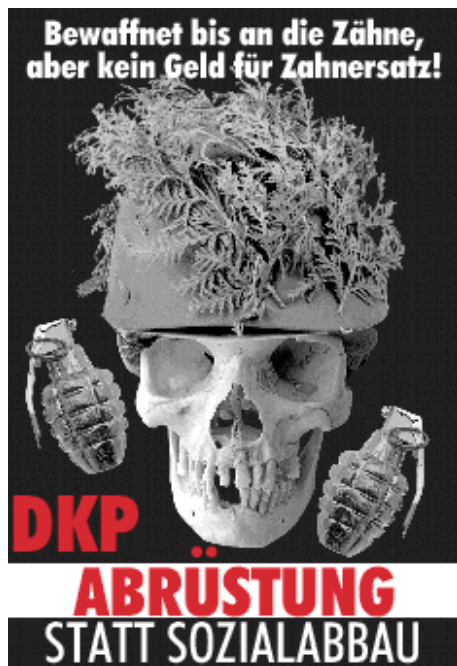
hohe Rente, und denen tut die Gesundheitsreform sehr weh. Besonders betroffen sind alleinstehende Frauen mit Kindern und Witwen.

Das Argument der politisch Verantwortlichen: kein Geld! Doch dies gilt nicht für alle. Ausgediente Minister, Staatssekretäre und Senatoren gehen mit einer Pension in den Ruhestand – und das oft schon mit 50 Jahren oder

sogar jünger -, von der einfache Rentner nur träumen können. Abgewählte Abgeordnete genießen großzügige Abfindungen; bei Managern aus den Führungsorganen großer Konzerne erreichen diese Millionenhöhe.

Einige Beispiele: Die Deutsche Bank machte in ihrem 130. Jahr der Existenz

Fortsetzung auf Seite 2



zum Zahnarzt gehen muß, wird noch einmal 10 € los.

Für jedes Rezept sind 5 oder 10 € zu bezahlen. Das bedeutet also, daß man schnell 50 € im Quartal hinblättern muß. Viele, vor allem Rentner, gehen daher nur noch in Notfällen zum Arzt. Wer eine gute Rente hat, spürt das nicht so stark. Aber die meisten Rentner haben keine

Widerstand verstärken - Politikwechsel erzwingen

DKP zum Ausgang der EU-Wahlen (Auszüge)

Die Ergebnisse der EU-Wahlen sind eine klare Absage und eine deutliche Äußerung des Missmutes in weiten Kreisen der EU-Bürgerinnen und Bürger über die bisherige EU-Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung. Der EU fehlt jede demokratische Legitimation zur Fortsetzung des bisherigen Kurses. Das zeigt sich zum einen in der Tatsache, dass von den 342 Millionen Wahlberechtigten nur 155 Millionen zur Wahl gegangen sind. So sank die Wahlbeteiligung von 1979 (63 Prozent) auf den Tiefstand von nunmehr 45,5 Prozent. In den zehn neuen Beitrittsländern lag die Wahlbeteiligung nur bei 26 Prozent.

Die Ergebnisse in Deutschland: Die Wahlbeteiligung sank auf 43 Prozent; die SPD sackte von 39,7 Prozent auf 21,5 Prozent; auch die CDU/CSU verlor 1,6 Millionen Wählerstimmen und einige Pro-

zentpunkte, blieb aber stärkste Kraft. Die Grünen konnten ihren Stimmenanteil von 6,4 Prozent auf 11,9 Prozent steigern und die Partei der „Besserverdienenden“, die FDP zog wieder ins Straßburger Parlament ein - offensichtlich erlebt deren Wählerklientel den sozialen Kahlschlag unbeschadet oder wird sogar dadurch begünstigt.

Die Konservativen und Neoliberalen stärkten ihre Positionen im EU-Parlament wesentlich. In Deutschland gewannen die neofaschistischen Parteien NPD und Republikaner, besonders regional und lokal, teils enorm viele Stimmen; der Zuwachs wird sie ermutigen, ihre verbrecherischen Positionen offensiv zu vertreten.

In dieser Gemengelage konnte die PDS 11.948 Stimmen bundesweit hinzugewinnen und zieht damit erneut und mit

Fortsetzung auf Seite 4

60 Jahre Landung Allierter Truppen in der Normandie

D-Day

den Rekordgewinn von 9,8 Milliarden €. Der ehemalige Chef bekam eine Abfindung von 9 Millionen €, sein Nachfolger Ackermann erhält jährlich 6,95 Millionen €. So viel verdient ein Arbeiter in seinem ganzen Leben nicht.

Klaus Esser „verlor“ die Übernahmeschlacht von Vodafone gegen Mannesmann und kassierte mehr als 30 Millionen € als Abfindung. Florian Gerster, der ehemalige Chef der Bundesagentur für Arbeit, verpulverte Millionen für Dienstkarossen, teure Möbel und zweifelhaftes „Berater“ und mußte gehen. Sein Ausscheiden wurde ihm mit einer Rente von 430.000 € verüßt.

Günter Krause (CDU), der frühere Verkehrsminister, hatte schon mit 30 Jahren ausgesorgt, weil er sich seine Putzfrau vom Staat bezahlen ließ. Er mußte 1993 gehen und kassierte 100.000 € Abfindung und ab dem 55. Lebensjahr eine Rente von 5.000 €

im Monat. Reinhart Klimmt (SPD) war Regierungschef im Saarland und später Bundesminister, der nach einer Finanzaffäre zurücktrat. Als „Übergangsgeld“ gab's 100.000 € extra und eine Pension von 55.000 €.

Martin Bangemann (FDP), Ex-Bundeswirtschaftsminister, dann EU-Kommissar, kassierte für sein Insider-Wissen Millionen von der Industrie; heute muß er mit einer monatlichen Pension von 8.500 € auskommen. Gerold Stadler, Ex-Innenminister, der 1990 wegen der sogenannten „Amigo“-Affäre zurücktrat, erhielt ein „Übergangsgeld“ von 100.000 € und seither ein Ruhestandsgeld von 6.000 €.

Diese Liste ließe sich beliebig erweitern, und praktisch an jedem Tag wird sie länger. Beiläufig: Die Bundesrepublik gibt jedes Jahr über 50 Millionen € nur für ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre aus. Die Löhne der Beschäftigten stiegen im Jahr 2002 um 1,4 Prozent, die Gehälter der Topmanager um 14 Prozent. So ist das hierzulande. Die „Großen“ leben in Saus und Braus, dort gibt's Geld genug. Die kleinen Leute werden bis aufs Hemd ausgezogen.

Fritz Hamm

Wie jedes Jahr begingen Vertreter der an der „2. Front“ beteiligten Staaten den Jahrestag der Landung am 6. Juni an den Stränden der Normandie. Die anwesenden Zeitzeugen durften erleben, wie erst-

mals wieder ein deutscher Kanzler an den Feierlichkeiten teilnahm. Wer sich aus der örtlichen Presse informieren wollte, sah sich jedoch getäuscht: „Es war der Beginn der Befreiung Europas und auch Deutschlands – kein Zweifel“. So das *Wiesbadener Tagblatt*. Doch selbst bei diesen spärlichen Worten lohnt es sich, am Wahrheitsgehalt der Berichterstattung zu zweifeln: Der

Beginn der Befreiung Europas war die Kapitulation der deutschen 6. Armee vor Stalingrad, wo pünktlich zum zehnjährigen Amtsjubiläum des „Führers“ am 2. Februar 1943 General Paulus die weiße Fahne hisste und die Sowjetarmee in die Offensive ging. Damit war der Mythos der Unbesiegbarekeit der deutschen Armee beseitigt, die einen langen blutigen Rückzug antreten musste. Vor dem D-Day lagen außerdem die deutschen Niederlagen von El Alamin und Bir Hakeim in Nordafrika. Jedes dieser Ereignisse war ein Hoffnungsschimmer für die von den Nazis unterjochten Völker, stärkte den Widerstandswillen in den Widerstandsgruppen und Konzentrationslagern.

Die Eröffnung der zweiten Front im Westen war von der Sowjetunion in zahlreichen Konferenzen und auf diplomatischen Wegen lange gefordert worden. Die zweite Front zur Entlastung der Sowjetarmee kam spät, aber nicht zu spät: Die Blockade Leningrads war beseitigt und die sowjetischen Truppen hatten bereits die Staatsgrenze der Sowjetunion erreicht. Westliche Strategen

sahen sich in ihrer geheimen Hoffnung getäuscht, Nazideutschland und die Sowjetunion würden sich gegenseitig bis zur beiderseitigen Erschöpfung bekriegen. Daher wurde ein Eingreifen lange hinausgezögert. Dass Europa am Ende allein von der Sowjetarmee vom Faschismus befreit würde, war zu verhindern. (Galt es doch auch den späteren US-Verbündeten Franco in Spanien zu schützen.)

Dennoch ist die Errichtung der zweiten Front als wichtiger Beitrag zur Befreiung Europas zu sehen, bei der Tausende alliierter Soldaten ihr Leben ließen. Einige von ihnen haben bereits in den Internationalen Brigaden 1936 – 39 in Spanien gegen die Nazis gekämpft, wie der unlängst verstorbene US-Amerikaner Harry Fisher. Auch die bewaffnete Selbstbefreiung des KZ Buchenwald wäre ohne die heranrückende US-Armee so nicht möglich gewesen.

Trotz aller Verklärung der Geschichte bleibt zu hoffen, dass Kanzler Schröder positive Erkenntnisse aus seiner Teilnah-



me an den Feierlichkeiten gezogen hat. Denn die dort zelebrierte „Verbrüderung“ soll ja wohl nicht heißen, nun vereint in neue Kriege zu ziehen (wie 1999 in Jugoslawien), sondern sich für die Verhinderung von Kriegen einzusetzen.

Klaus Weidner

500.000 Demonstranten gegen Sozialabbau und Tarifflicht

Weiter geht's – bis zum Erfolg!

„Laßt sie demonstrieren, wir regieren!“ Wer erinnert sich noch an diese antidemokratische Frechheit des CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl? Das war vor zwanzig Jahren, als Hunderttausende gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und für weltweite Abrüstung auf die Straße gingen. Die Bundesregierung zeigte der Friedensbewegung damals nicht nur die „kalte Schulter“, sondern ihre ganze Verachtung.

Wie verhält sich Gerhard Schröder angesichts einer halben Million Demonstranten aus Gewerkschaften, seiner SPD und anderer Parteien sowie sozialen Bewegungen in Berlin, Köln und Stuttgart? Die ersten Zeichen nach dem 3. April aus dem Kanzleramt wie von der SPD-Spitze deuten auf die gleiche Ignoranz und Arroganz wie zu Zeiten Helmut Kohls hin.

Wer hätte auch ernsthaft für möglich gehalten, eine große Demonstration allein könne die politisch Regierenden und Scheinoppositionellen sowie die ökonomisch Herrschenden vom Weg der Agenda 2010 und noch reaktionärerer Kahlchlagsprogramme abbringen? Richtig, kein Mensch, der den Sozialabbau nicht bloß für eine „Fehlentscheidung“ der Bundesregierung, sondern für einen wohl überlegten und punktgenau gesteuerten Generalangriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen hält.

Soll also eine tatsächliche Wende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erreicht werden, dann muß fortgeführt und verstärkt werden, was gerade erst begonnen hat: der Protest von unten gegen die Pläne und „Reformen“ von oben. Er muß sich allerdings noch wesentlich verbreitern und eine wirklich „repräsentative“ Vertretung bei öffentlichen Demonstrationen in Bewegung und auf die Straße bringen. Ein halbe Million ist sehr gut – für den Anfang und angesichts des Fiaskos der DGB-Gewerkschaften im Mai 2003. Doch leben in der BRD 85 Millionen Menschen!

Diese sind zwar vom Kahlschlag der

Regierenden nicht alle gleichermaßen betroffen. Doch welche(r) Rentner/in, Student/in, Schüler/in, Arbeiter/in, Angestellte, Erwerbslose gehört eigentlich zu den Gewinnern des Sozialabbaus? Richtig, nur

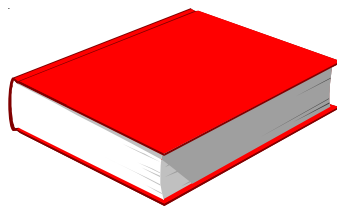


ganz, ganz wenige – vielleicht eine Handvoll Prozente an der Gesamtbevölkerung. Insofern bleibt noch viel „Potential“, was mobilisiert werden kann und muß, wenn die Ignoranten und Arroganten das „Fürchten“ lernen und einen Politikwechsel einleiten sollen.

Das ist vielleicht nicht von heute auf morgen zu schaffen. Aber als Ziel sollte eine möglichst breite und flächendeckende Protest- und möglichst Widerstandsbewegung nicht aus den Augen verloren werden. Die Kundgebungen der DGB-Gewerkschaften am 1. Mai waren eine erste passende Gelegenheit, so manche müden und ruhebedürftigen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben wieder auf die Beine zu bringen. Es kann nichts schaden, wenn die Gewerkschaften spüren, daß ihr Appell „Aufsteh'n, damit es endlich besser wird“ auch weiterhin ernst und für bare Münze genommen wird.

Doch dann muß die Bewegung weiter und immer wieder auf die Straße gehen. Die Politiker der Regierungsparteien und der Scheinopposition sollen merken, daß die Aktionen am 3. April nicht bloß ein Strohfeuer waren, welches nach kurzem Aufflackern von selbst wieder erlischt. Denn nichts erzeugt mehr Druck auf den Kessel als ein ständig geschürtes und kontinuierlich aufgebauter Brand. Darauf muß durch häufigere Diskussionen, gezielte Aktionen und vielfältige Widerstandsformen sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Betrieben systematisch hingearbeitet werden.

Horst Gobrecht



Buchtip: **Sind Arbeitslose faul?**

Was ist dran an den Vorwürfen?

Eine Broschüre für 3 € inklusive Versand zur Frage "Sind Arbeitslose faul?". Hier Ausschnitte aus dem Vorwort, um Sie etwas neugierig zu machen: "Die Wirtschaft steckt in der Krise ... Den Arbeitslosen wird unterstellt, dass es ihnen zu gut gehe und sie deshalb nicht arbeiten wollten ... Wir beschäftigen uns in dieser Broschüre damit, ob die Vorwürfe stimmen. Wir wollen zeigen, dass die Stimmungsmache ... vor allem auch gegen die beschäftigten Lohnabhängigen richtet ... Gemeinsames Handeln ist angesagt, nicht Spaltung"

Neugierig geworden?

Bestellungen über den Fachhochschulverlag,
Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt am Main,
Telefon 069/15 33-28 20, Fax 069/15 33-28 40,
Email: bestellung@fhverlag.de

Fortsetzung von Seite 1

zunehmend sieben Abgeordneten, darunter Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger, ins EU-Parlament ein. Insbesondere bei der Landtagswahl in Thüringen ist das PDS-Ergebnis bemerkenswert - die PDS erhielt diesen Stimmenanteil für ihre bisherige Politik als Oppositionspartei im Landtag. Bei den EU-Wahlen verlor die PDS vor allem in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern Stimmen, offensichtlich als Quittung für die Beteiligung an einer Politik des Sozialabbaus durch die Landesregierungen. Wir knüpfen daran die Erwartung, dass die PDS-Abgeordneten die Wahlergebnisse nutzen werden, um im EU-Parlament eine Politik gegen Sozialabbau, Militarisierung und politische Machtkonzentration zu betreiben und damit als parlamentarische Stüt-

ze für verstärkte außerparlamentarische Bewegungen aktiv zu werden.

Die DKP, die erstmals seit 1989 an einer EU-Wahl und damit an einer bundesweiten Wahl teilnahm, hat mit 37.231 Stimmen (0,1 Prozent) ein bescheidenes, aber nicht unerwartetes Ergebnis erzielt. Erstmals war dadurch die DKP auch in den neuen Ländern wählbar, wo über dem Bundesdurchschnitt liegende Ergebnisse erreicht wurden. In Hessen errang die DKP 2.934 Stimmen. Die PDS erhielt gegenüber 1999 (29.224) jetzt 33.567 Stimmen, damit stieg der prozentuale Anteil von 1,6 auf 2,1 %. In Wiesbaden wählten 102 Personen die DKP – Steigerung möglich!

Die DKP trat neben der PDS zur bundesweiten Wahl an. In der Logik parlamentsorientierter Entscheidungen wollten aber auch Teile kommunistischer Wählerinnen und Wähler die Präsenz der

PDS im Europäischen Parlament sichern. Der DKP standen 30.000 Euro für den EU-Wahlkampf zur Verfügung; das grenzt das öffentliche Wirken auf ein Minimum ein. Die Medien publizierten in der Endphase des Wahlkampfes Gräuelmärchen über „terroristische Kader“ der DKP. So etwas verfehlt in der BRD niemals seine Wirkung.

Aus der Sicht der DKP bleibt es dabei: Die Entwicklung starker außerparlamentarischer Bewegungen und Aktionen war vor den Wahlen und bleibt nach den Wahlen die wichtigste Aufgabe - für alle, die ein anderes Europa wollen, die sich dem sozialen Kahlschlag widersetzen und nach einem Politikwechsel auch in unserem Land streben. Nur so können die politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland und insgesamt in Europa verändert werden.

Splitterbombe? Noch nie gesehen ...

Bundesinnenminister Otto Schily hat sehr eilig einen rassistischen oder rechtsextremistischen Hintergrund beim Splitterbombenanschlag von Köln-Mülheim ausgeschlossen. Obgleich die Polizei zunächst keine Spur und keine Erkenntnisse über den Hintergrund der Tat gehabt haben soll. Inzwischen wird in alle Richtungen ermittelt, wie es heißt.

Dass sofort in Medien und in vielen offiziellen Statements ein türkischer Bandenkrieg vermutet wurde, passt in das offizielle Feindbild dieses Landes. Andererseits sei an München im September 1980 erinnert: Beim Oktoberfest forderte ein rechtsextremer Anschlag mit einer Splitterbombe 20 Todesopfer. Erinnert sei an Düsseldorf im Juli 2000: Ein Anschlag von Unbekannten mit Splitterbomben; es gab zahlreiche verletzte jüdische und russische Menschen. Und nun Köln im Juni 2004: Der Anschlag mit einer Splitterbombe (mit Nägeln); zahl-



reiche verletzte Türken.

Immer diese Splitterbomben - aber ein Polizeisprecher sagte eiligst, eine Bombe wie in Köln habe es noch nie gegeben!

Wieder wird der rechte Terror möglichst ausgeblendet. So auch beim Prozess, der gegenwärtig in Köln gegen einen 45-jährigen Ex-Söldner und Neonaziaktivisten namens Thomas A. durchgeführt wird. Während die Staatsanwaltschaft jeden politischen Hintergrund des Dreifachmordes von Overath wegleugnet, sagte dessen Verteidiger, der Mord sollte „das Fanal für die Gründung einer nationalsozialistischen Terrorbewegung“ darstellen. Hat das Fanal nun ein Echo gefunden?

Ulrich Sander

Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen Nordrhein-Westfalen

UZ unsere zeit
Zeitung der DKP

Probelesen?!

CommPress Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Telefon 0201/2486482, Fax 0201/202467. Oder: <http://unsere-zeit.de>

Standpunkt - Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Kreis Wiesbaden, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden.
Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Hamm

Treffen der DKP Wiesbaden: jede ungerade Kalenderwoche donnerstags um 19.30 Uhr im Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, Wiesbaden.

DKP Hessen im Internet: <http://www.dkp-hessen.de>